

Streik gegen die Energiewende ist besser als Lohnforderungen

[NAEB-Mitglied werden und NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen \[2\]](#)
NAEB 2305 am 5. März 2023

Hohe Lohnforderungen heizen nur die Inflation an. Forderungen nach Schluss der Energiewende dagegen halbieren den Strompreis und senken die Preise für das Heizen und Tanken von Kraftstoffen.

Anfang 2023 nerven eine Reihe von Warnstreiks. Die Gewerkschaften fordern Lohnerhöhungen von 10 bis 15 Prozent, um die Inflation auszugleichen, die maßgeblich durch die hohen Energiepreise verursacht ist. Mit dieser Forderung wird die Inflation noch stärker angeheizt. Denn sie kann nur mit neuem Geld erfüllt werden, das ohne Gegenwert gedruckt wird. Dies sollte eigentlich den Gewerkschaftsführern bekannt sein. Sie sitzen in den Aufsichtsräten der großen Konzerne und haben Zugang zu allen Wirtschaftsdaten.

Höhere Löhne ohne Gegenwert mindern die Kaufkraft. Sie heizen die Inflation an und erhöhen die Belastung mit Steuern durch die steigende Progression. Ziel der Gewerkschaften sollte es sein, Preissenkungen zu bewirken, statt inflationsfördernde Lohnerhöhungen durchzusetzen.

Die Energiewende ist Kostentreiber

Der kräftige Preisanstieg in den letzten seit 2021 von mehr als 10 Prozent wird von den meisten Politikern und Journalisten mit dem Krieg in der Ukraine begründet. Das ist nur zu einem geringen Teil der Fall. Die Hauptursache ist neben der Geldschöpfung aus dem Nichts durch die EZB die BRD-Energiewendepolitik, die zu den höchsten Strompreisen weltweit geführt hat. Sie wird trotz der Energiekrise von der Regierung weitergetrieben und ausgedehnt.

Zunehmend werden nun auch Wohnungen und Neubauten durch unsinnige Dämm- und Heizvorschriften verteuert, die in der Gesamtsicht kaum Energie einsparen. Zwar sinkt die direkte Heizenergie. Doch unter Einbeziehung der Energie für das Dämmen und die Installation regenerativer Heizsysteme ist die Minderung minimal oder die Heizkosten steigen sogar.

E-Autos benötigen Brennstoffe

Das gilt auch für das Elektroauto. Der hohe Energieaufwand zum Bau von Batterien wird erst nach mehr als 100.000 km ausgeglichen, wenn nur grüner Strom geladen wird. Davon ist aber nur ein Drittel im Netz. E-Autos mit größeren Batterien sind bis zu ihrer Verschrottung keineswegs „klimaneutral“. Das heißt, sie brauchen für das gesamte Autoleben irdische Brennstoffe. Doch die Politik hat die E-Autos als klimaneutral, also CO₂-emissionsfrei, eingestuft. Die Eigner erhalten CO₂-Zertifikate im Wert von etwa 200 Euro/Jahr, die sie weiterverkaufen können. Der Verkauf wird von Dienstleistern gegen eine Provision organisiert. E-Autos haben eine neue Gruppe von Profiteuren der Energiewende hervorgebracht.

Die Energiewende kostet über 1.000 Euro pro Einwohner jährlich

Die Aufwendungen zur Stützung der Energiewende belaufen sich auf mehr als 80 Milliarden Euro jährlich, also mehr als 1.000 Euro/Einwohner, wenn man neben der EEG-Umlage für grünen Strom die CO₂-Bepreisung, die Zulagen, Beihilfen und Förderungen für E-Autos, Wärmepumpen und Wärmeisolierungen hinzurechnet.

Ein weiterer wesentlicher Kostenbestandteil ist der Energieverlust von grünem Strom durch das Umformen und den Transport über weite Strecken. Die Umformung <Wind- oder Solarstrom (Fakepower) – Wasserstoff – Lagerung in Kavernen – Wiederverstromung in Gaskraftwerken> schluckt 75 Prozent des eingesetzten Stroms. Der Stromtransport von Nord nach Süd erzeugt Leitungsverluste von etwa 10 %.



Absichtlich herbeigeführte punktuelle Stromausfälle könnten ein Umdenken erzwingen, sind jedoch aufgrund von möglichen Todesfolgen rechtlich und ethisch ein untaugliches Instrument. [1]

Mit dem Aufgeben der Energiewende fallen die Energiekosten und Verluste wieder auf das internationale Niveau. Die Kaufkraft steigt. Die Industrie hat wieder Zugang zu wettbewerbsfähigen Energiekosten. Die Abwanderung der Industrie zumindest aus diesen Gründen wird gestoppt. Neue Ansiedlungen werden wieder wirtschaftlich. Das gilt auch für den Wohnungsbau, der durch die grünen Energiewende-Bauvorschriften unwirtschaftlich ist.

Stromabschalten bewirkt mehr als Streiks für höhere Löhne

Die Forderungen der Gewerkschaften müssen sich gegen die unsinnige Energiepolitik richten, um die Lebenshaltungskosten zu drücken. Warnstreiks für höhere Löhne bringen den Streikenden und der gesamten Bevölkerung nur Nachteile. Warnstreiks zur Beendigung der Energiewende bewirken dagegen ein Wunder. Sie sind mit geringem Aufwand durchzuführen. Es brauchen nur die Stromversorger in einzelnen Gebieten zu streiken. Dann fällt der Strom aus. Es reicht bereits eine halbe Stunde Stromausfall in Berlin und in den Landeshauptstädten, um die Forderung durchzusetzen. Ein solcher Streik ist human im Vergleich zu einem langfristigen Stromausfall im ganzen Land, der uns droht, wenn die Energiewende weitergetrieben wird.

„Experten“ und Medien hämmern ständig auf die Menschen ein, die Energiewende müsse zur Rettung des Weltklimas weitergetrieben werden. Die CO₂-Emissionen aus Kohle, Erdgas und Erdöl seien klimaschädlich durch den sogenannten Treibhauseffekt. Sie müssten vermieden werden. Dabei bleibt Wasserdampf, dessen Treibhausanteil mehr als doppelt so groß ist, unbeachtet. Die Energiewende beruht auf betrügerischen Behauptungen.

Gewerkschaften sind gefordert

Trotz aller Warnungen der Fachwelt verfolgen Bundesregierung und die meisten Parteien ihre ideologischen Ziele unbeirrt weiter. Ihre Umsetzung soll beschleunigt werden durch weniger Umweltschutz. Nur die Gewerkschaften verfügen noch über den notwendigen Einfluss auf die Politik, um die immer teurer werdende unsinnige Energiewende zu stoppen. Es ist allerdings fraglich, ob die Gewerkschaftsführungen diese Forderung mit Streiks durchsetzen werden. Sie haben in den letzten Jahren gezeigt, dass ihnen ein angeblicher Klimaschutz wichtiger ist als die Sicherung der Arbeitsplätze und Einkommen ihrer Mitglieder.

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.de und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: StockKosh-CityImages-City1
[2] <https://www.naeb.info/Beitritt.htm>

Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaire ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaire statt. NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Vereinskontakt

Hans-Günter Appel
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Fax 05241 70 2909
Hans-Guenter.Appel at NAEB.info
www.NAEB.info

Pressekontakt

Hans Kolpak
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Hans.Kolpak at NAEB.info
www.NAEB.tv

